

DURCHBRUCH IN DER WELTWEITEN KLIMAPOLITIK?

Auf der 21. VN-Klimakonferenz vom 30. November bis zum 12. Dezember 2015 in Paris wurde eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius beschlossen. Das Abkommen wird als Meilenstein in der Klimapolitik gewertet und soll dem fortschreitenden Klimawandel Rechnung tragen.

Aus der Chronik der Klimaabkommen

Die erste Weltklimakonferenz fand bereits im Februar 1979 statt, bei der das „Weltklima-Forschungsprogramm“ gegründet wurde. Knapp zehn Jahre später wird der Weltklimarat [englisch: Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)] gegründet (1988), der die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel für die politischen Entscheidungsträger aufbereitet. Auf der zweiten Weltklimakonferenz, zwei Jahre später, wurde von der VN-Generalversammlung die Verhandlung über ein weltweites Abkommen beschlossen. 1995 findet derich nbggb1. VN-Klimagipfel (Conference of Parties, COP) statt, der nunmehr jährlich tagt. Zwei Jahre später wird das Kyoto-Protokoll beschlossen, in dem die EU und 23 Industriestaaten völkerrechtlich verbindlich zusichern, den Treibhausgasausstoß um fünf Prozent zu senken. Entwicklungsländer sind von diesen Auflagen ausgenommen. 2005 tritt das Abkommen in Kraft, ohne die Vereinigten Staaten, die 2001 die Ratifikation, nach dem Regierungswechsel im Jahr 2000, ablehnten.

In den nachfolgenden Jahren warnt der Weltklimarat weiter eindringlich vor den Folgen des Klimawandels. Es werden Verhandlungen zu einem Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls geführt, welches im Jahr 2012 ausläuft. Eine Einigung, die auf dem Gipfel in Kopenhagen 2009 erfolgen soll, scheitert. Auf dem nächsten Gipfel werden zwar weiterhin keine verbindlichen Regelungen getroffen, jedoch beschließen die Teilnehmerstaaten in Cancún, dass sie die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzen wollen. Im darauffolgenden Jahr stimmen die Vereinigten Staaten erstmals dem gemeinsamen Ziel, einen rechtlich bindenden Klimavertrag zu beschließen, zu. Entwicklungs- und Schwellenländer, unter anderem auch China, willigen darüber hinaus ein, sich ebenfalls an Emissionsbegrenzungen zu halten. 2012 wird das Kyoto II-Abkommen, gültig bis 2020, in Katar beschlossen, das jedoch keine Pflichten für die Entwicklungs- und Schwellenländer vorsieht. Aus diesem Grund lehnen die Vereinigten Staaten, Kanada und Russland das Abkommen ab. Somit betrifft Kyoto II nur 15 Prozent der globalen Emissionen. 2014 entsteht ein erster Entwurf für den Gipfel in Paris 2015, in dem festgehalten wird, dass alle Staaten Verantwortung für das Klima haben.

Nach: Toralf Staud: „Die internationalen Klimaverhandlungen – eine Chronik“ vom 10.5.2015, in: www.bpb.de

Gruppenarbeit: Erstellen Sie gemeinsam aus den Informationen des Textes eine Zeitleiste, in der Sie die Ereignisse einordnen und markieren Sie diese in einem weiteren Schritt farblich, um Fortschritte, Rückschritte und ggf. einen Stillstand in der internationalen Klimapolitik kenntlich zu machen. Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse und diskutieren Sie eventuell auftretende Abweichungen in Ihren Bewertungen.

Akteure in der internationalen Klimapolitik

Staaten treten oft nicht nur als nationale Akteure auf, sondern als Staaten-Gruppen mit gemeinsamen Verhandlungspositionen. Diese basieren auf grundsätzlichen (außen-)politischen Leitlinien, wirtschaftlichen Interessen, Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, der finanziellen Situation des Landes/Staatengemeinschaft sowie der Betroffenheit durch den Klimawandel. Nicht-regierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations, NGO) tragen durch ihre Veranstaltungen und Veröffentlichungen zur Entscheidungsfindung bei, können aufgrund fehlender staatlicher Legitimation jedoch nicht mitentscheiden. Sie machen Ergebnisse der Verhandlungen transparenter und begleiten, kommentieren und kritisieren die Gipfel.

Staaten/Staatengruppen

- EU/EU 15*
- G77 und China:
 - Schwellenländer
 - erdölexportierende Staaten (OPEC)
 - Alliance of Small Island States (AOSIS)
 - Least Developed Countries (LDCs)
- JUSSCANNZ und Umbrella Group**

NGOs (Beispiele)

- WWF
- Greenpeace
- Climate Action Network (englisch)
- Germanwatch

* Die EU-Mitgliedstaaten vor der Ost-Erweiterung (2004): Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien.

** Akronym für Japan, die USA, Schweiz, Kanada, Australien, Norwegen und Neuseeland. 1998 erweiterte sich die Gruppe um Russland und die Ukraine als „Umbrella Group“.

Nach: Dagmar Kyjar: „Internationale Klimapolitik. Ein komplexes Feld mit vielschichtigen Akteuren vom 23.5.2013, in: www.bpb.de

Gruppenarbeit/Plenum: Recherchieren Sie arbeitsteilig in Gruppen in der Quelle und/oder im Internet nach den Positionen der angegebenen staatlichen Akteure. Stellen Sie diese mit ihren Interessen und ihrer geografischen und wirtschaftlichen Situation einander im Plenum vor und halten Sie Interessenkollisionen und -übereinstimmungen grafisch fest.

Ergebnisse der Klimakonferenz in Paris 2015

Erderwärmung auf weniger als 1,5 Grad begrenzen: Ein großer politischer Erfolg für die durch den Klimawandel besonders bedrohten Inselstaaten. Unterstützt wurden sie von einer Koalition von Industrieländern, darunter auch Deutschland. Das Ziel soll den hohen Anspruch des Vertrags verdeutlichen, hat aber eher symbolische Wirkung. Es zu erreichen, würde sofortige radikale Veränderungen in der globalen Wirtschaftsweise erfordern und gilt als unrealistisch.

Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich senken: Die „Dekarbonisierung“, der völlige Verzicht auf fossile Brennstoffe bis Ende des Jahrhunderts, hat es nicht geschafft. Schwellenländer wie Indien und China, Ölstaaten wie Saudi-Arabien, europäische Länder wie Polen, deren Wirtschaft stark an der Kohle hängt, stellten sich quer. Auch ein klares Datum ist nicht mehr Teil des Vertrags. Der Vertrag erkennt explizit an, dass das Ziel bei Entwicklungsländern (nach VN-Definitionen auch China und Indien) länger dauern könnte.

Nationale Klimaziele alle fünf Jahre überprüfen: Ein wichtiger Erfolg des Gipfels, denn ohne einen Weg, die Ziele regelmäßig zu kontrollieren und zu erhöhen, wäre der Vertrag kaum etwas wert gewesen. Wie erfolgreich dies sein wird, hängt aber auch davon ab, wie leicht sich die Emissionsziele der einzelnen Länder miteinander vergleichen lassen. Dafür wären gemeinsame Regeln nötig, wie Emissionen gemessen werden. In dieser Beziehung ist der Vertrag schwammig.

Industrieländer sollen für den Kampf gegen den Klimawandel zahlen: Anders als von Industrieländern gefordert, müssen die Entwicklungsländer keine konkreten Finanzausgaben machen, sondern können sich freiwillig an der Unterstützung der Entwicklungsländer beteiligen.

Pariser Vertrag wird als erstes Klimaabkommen überhaupt für fast alle Staaten auf der Welt verbindlich: Aber er tritt erst im Jahr 2020 nur unter der Bedingung in Kraft, dass ihn bis dahin mindestens 55 Staaten ratifizieren, die gemeinsam mindestens 55 Prozent der weltweiten Emissionen verantworten.

Nach: Lena Schipper: „Klimaabkommen von Paris. Das Dokument zur Rettung der Welt“, vom 12.12.2015, in: www.faz.net

Plenum: Bewerten Sie die genannten Ziele des Abkommens und diskutieren Sie weitere Maßnahmen, die Ihrer Auffassung nach getroffen werden müssten. Beziehen Sie bei Ihren Überlegungen die bisherigen Entwicklungen sowie die Akteure und Interessengruppen in der Klimapolitik mit ein.